

#keinsicheresLand: Abschiebungen nach Afghanistan müssen ein Ende haben

Das Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen (BHFI) fordert den Hamburger Senat mit einer Petition dazu auf, umgehend die Abschiebungen nach Afghanistan auszusetzen sowie die Senatorenregelung oder eine ähnliche Regelung für Afghanen einzuführen.

Afghanistan ist kein sicheres Land. Es herrschen bewaffnete Konflikte zwischen dem afghanischen Staat und verschiedenen Terrorgruppen, es kommt regelmäßig zu Attentaten mit vielen Toten. Auch wenn einige Gebiete als sicher deklariert werden - die Lage ist alles andere als stabil.

Dennoch sollten am 14.12.2016 50 Menschen in dieses Land abgeschoben werden. Einige von ihnen konnten durch das Engagement von Angehörigen, Freunden und unterstützenden Initiativen vor der Abschiebung bewahrt werden. 34 Menschen mussten Deutschland verlassen. Sieben davon kamen aus Hamburg. Jeder einzelne ist einer zu viel.

“Es ist unfassbar, dass eine weltoffene Stadt wie Hamburg in Nacht-und-Nebel-Aktionen Menschen, die seit Jahren hier leben und Teil unserer Gesellschaft sind, in ein Land abschiebt, in dem Terroranschläge und Krieg zum Alltag gehören”, sagt Annika Jähnke, Sprecherin des Bündnisses Hamburger Flüchtlingsinitiativen.

Deshalb rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger Hamburgs dazu auf, die Petition zu unterschreiben. Abschiebungen nach Afghanistan müssen ein Ende haben. Mit der Wiederaufnahme der Senatorenregelung oder dem Einsetzen einer ähnlichen Regelung kann verhindert werden, dass Hamburg weitere Menschen in eine ungewisse Zukunft in Krisengebiete abschiebt. Menschen in Not zu helfen und sie nicht in die Ungewissheit oder ihren Tod abzuschieben ist unsere Pflicht!

Für Rückfragen:

Per E-Mail: sprecherinnenrat@bhfi.de

Website: www.bhfi.de

Das Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen (BHFI) ist ein Zusammenschluss von ehrenamtlichen Initiativen, die sich mit und für nach Hamburg Geflüchtete für ein aufgeschlossenes Miteinander einsetzen. Es bündelt die Erfahrungen und Kenntnisse und schafft eine Plattform für den gegenseitigen Austausch und die Vertretung der Interessen von Engagierten und Geflüchteten.